

URGENT ACTION

BESCHRÄNKUNGEN AUFHEBEN – ERDBEBENOPFER SCHÜTZEN!

VENEZUELA

UA-Nr: **UA-066/2026** AI-Index: **AMR 53/1244/2026** Datum: **30. Juni 2026** – sd

BETROFFENE DES ERDBEBENS

Am 24. Juni 2026 erschütterten schwere Erdbeben Venezuela und lösten eine humanitäre Katastrophe aus. Während die Zahl der Toten, Verletzten und Vertriebenen weiter steigt, gibt es Berichte über Einschränkungen der Pressefreiheit. Zugleich bestehen Zweifel, ob die Hilfsmaßnahmen der Behörden den humanitären Grundsätzen und den Menschenrechtsstandards entsprechen.

Nach den schweren Erdbeben in Venezuela dauert die Suche nach Überlebenden an. Die Hilfsmaßnahmen für die Betroffenen müssen im Einklang mit den humanitären Grundsätzen der Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Neutralität und Unabhängigkeit stehen und diskriminierungsfrei umgesetzt werden.

Zugleich müssen Journalist*innen und unabhängige Medien aus dem In- und Ausland, die über die aktuelle Lage berichten wollen, ihre Arbeit frei ausüben können. Der ungehinderte Zugang zu Informationen ist entscheidend, damit lebenswichtige Informationen verbreitet und Hilfsmaßnahmen wirksam koordiniert werden können. Die nach wie vor eingeschränkte Presse- und Meinungsfreiheit muss im Einklang mit dem Völkerrecht und internationalen Standards wieder hergestellt sowie der Zugang zu Informationen gewährleistet werden. Dazu gehört auch, dass die Schließungen zahlreicher Medienhäuser zurückgenommen sowie die Sperrungen von Social-Media-Plattformen wieder aufgehoben werden.

Besondere Aufmerksamkeit muss dem Schutz von Kindern und älteren Menschen gelten, die von den Folgen der Katastrophe besonders betroffen und gefährdet sind. Ihr Leben, ihre Sicherheit und ihr Zugang zu Hilfe müssen vorrangig gewährleistet werden.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Am Nachmittag des 24. Juni 2026 erschütterten zwei Erdbeben den Norden Venezuelas mit einer Stärke von jeweils 7,2 und 7,5 auf der Richterskala. Von den Erdbeben waren vor allem dicht besiedelte Bundesstaaten betroffen, darunter La Guaira, Caracas, Carabobo, Falcón, Aragua, Miranda und Yaracuy. Am 29. Juni erklärte der Präsident der Nationalversammlung, Jorge Rodríguez, dass mindestens 1.719 Menschen getötet, 5.000 verletzt und 15.000 aus ihren Häusern vertrieben worden seien. Hunderte Wohnblocks und andere Gebäude stürzten ein oder wurden massiv beschädigt. Es wird davon ausgegangen, dass diese Zahlen nicht das gesamte Ausmaß der durch die Erdbeben verursachten menschlichen und materiellen Schäden widerspiegeln. Berichten zufolge werden noch immer Tausende vermisst und es treten weiterhin Nachbeben auf.

Am 25. Juni veröffentlichte Amnesty International eine Pressemitteilung, in der die Organisation vor den verheerenden Auswirkungen warnte, die diese Erdbeben auf die Menschen in Venezuela haben dürften – vor dem Hintergrund einer seit einem Jahrzehnt andauernden komplexen humanitären Notlage, einer systematischen Politik der Unterdrückung und, was besonders schwerwiegend ist, eines zusammengebrochenen Gesundheitssystems.

Amnesty International wies zudem darauf hin, dass die Presse-, Meinungs- und Informationsfreiheit in Venezuela seit Jahren massiv eingeschränkt werden. Die venezolanischen Behörden schlossen Dutzende Medienhäuser, sperrten Social-Media-Plattformen wie X und kriminalisierten Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen. Angesichts der aktuellen humanitären Notlage müssen alle ungerechtfertigten Beschränkungen für Medien, soziale Netzwerke und andere Kommunikationskanäle unverzüglich aufgehoben werden. Berichte über anhaltende Zensur

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Sonnenallee 221 C . 12059 Berlin

T: +49 30 420248-0 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO: SozialBank AG . BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



und Behinderungen der journalistischen Arbeit unterstreichen die Dringlichkeit dieser Forderung. Ein wirksamer humanitärer Hilfseinsatz setzt den freien Zugang zu Informationen voraus.

Amnesty International erklärte zudem, dass Menschenrechts- und Hilfsorganisationen in Venezuela unter stark eingeschränkten Bedingungen arbeiten. Dies ist auf ein repressives Rechtssystem zurückzuführen, das darauf abzielt, den zivilgesellschaftlichen Raum einzuschränken und gegen jede Form von vermeintlicher Kritik vorzugehen. Um eine wirksame humanitäre Hilfe zu ermöglichen, müssen die Behörden das sogenannte Anti-NGO-Gesetz und andere Regelungen aufheben, die die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen einschränken, kontrollieren und behindern.

Dies ist umso dringlicher, da jenen Gruppen geholfen werden muss, die am stärksten von Diskriminierung und Ausgrenzung bedroht sind, nämlich Kinder und ältere Menschen. Es sind bereits erste Berichte bekannt geworden, wonach Kinder schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen erlitten haben sollen.

Amnesty International beobachtet die Lage im Land weiterhin aufmerksam und steht dabei solidarisch an der Seite der venezolanischen Bevölkerung, den Menschenrechtsverteidiger*innen, den Nichtregierungsorganisationen und all jenen, die von dieser Katastrophe betroffen sind.

SCHREIBEN SIE BITTE E-MAILS, BRIEFE, X-NACHRICHTEN ODER FAXE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Ich fordere Sie auf, sofort alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um eine menschenrechtskonforme und diskriminierungsfreie Katastrophenhilfe sicherzustellen. Hierzu gehören die Einhaltung humanitärer und katastrophenhilferechtlicher Standards, der Schutz der Pressefreiheit sowie der Schutz von Personen, die von Diskriminierung und Ausgrenzung besonders betroffen sind, darunter Kinder und ältere Menschen.

ACHTUNG! Derzeit ist **kein Postversand aus Deutschland nach Venezuela** möglich. Wir bitten Sie aber, auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen und Hinweise“ immer mal wieder zu prüfen, ob die Briefzustellung wieder ungehindert möglich ist. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bitte an die Botschaft Venezuelas in Deutschland.

APPELLE AN (derzeit ist kein Briefversand möglich)
AMTIERENDE PRÄSIDENTIN
Delcy Rodríguez
Palacio de Miraflores
Av. Nt. 10, Caracas 1012, Caracas, VENEZUELA
X: @delcyrodriguezv
(Anrede: Ms Delcy Rodríguez / Sehr geehrte Frau Rodríguez)

KOPIEN AN
BOTSCHAFT DER BOLIVARISCHEN REPUBLIK VENEZUELA
Herr Vartkes Martin Saatdjian Castellanos
Gesandter-Botschaftsrat (Geschäftsträger a.i.)
Lietzenburger Str. 107
10707 Berlin
Fax: 030- 83 22 40 20
E-Mail: embavenez.berlin@botschaft-venezuela.de
oder embavenez.movil@gmail.com

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch. Wir bitten Sie, nach dem **10. August 2026** keine Appelle mehr zu verschicken.

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- We call on you to provide relief and respond to the earthquakes in compliance with humanitarian and disaster relief standards as well as with international human rights law, protecting the freedom of the press and those most vulnerable to discrimination and marginalisation, including children and older people.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

